

Laibacher Zeitung.

Nr. 15.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl.
R. 11, halbj. 6.60. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. R. 7.60.

Dienstag, 20. Jänner

Insertionspreis bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,
2mal 90 kr., 3mal 1.20; ferner je Zeile 1mal 30 kr.,
2mal 40 kr., 3mal 50 kr. In der 1. Spalte 20% mehr.
In der 2. Spalte 10% mehr.

1874.

Nichtamtlicher Theil.

Die Landtage

haben die Session 1873 geschlossen; sie erledigten ihre bringenden provinziellen Vorlagen und können, wenige Fälle ausgenommen, mit Befriedigung auf ihre Thätigkeit zurückblicken; sie beschränkten sich auf den ihnen infolge des neuen Wahlreformgesetzes nunmehr zugewiesenen eingegrenzten Wirkungskreis; die Landesbevölkerung wird ihnen für das geschaffene Gute nur Dank wissen.

Es traten wohl in einigen Landtagssitzungen Versuche auf, nach gewohnter Weise hohe Politik zu treiben und gegen die Verfassungsprinzipien den „Landsturm“ aufzubieten; aber in letzter Stunde verzogen sich die schwarzen Wolken, aus denen der föderalistische Blitz sich auf die Haupt der Reichsvertretung entladen sollte. Der gegen die Durchführung der Wahlreform projectierte Schlag blieb aus, der politische Himmel erheiterte sich und die Action der Landtage wendete sich dem Besseren zu.

Inbezug auf die Haltung des k. r. Landtages bemerkt die „Presse“: „Am tiefsten scheint die durch die Wahlreform hervorgerufene Umwandlung der inneren Parteiverhältnisse bei der föderalistischen Opposition auf dem k. r. Landtag gegriffen zu haben. Dieser Landtag hat seine föderalistische Majorität, in alter Zeit die lungenkräftigste auf der ganzen Linie der national-föderalistischen Oppositionsreihe, vollkommen im Dienste der praktischen Landesinteressen gehalten und keine Minute der ihm zugemessenen Zeit mit staatsrechtlichem Gezänke, oder, da die slovenischen Aspirationen sich bezaunten, mit dem „Staatsrecht“ und der Achtung des „historischen Rechts“ schlecht vertragen, mit nationalem Hader und agitatorischen Demonstrationen gegen die Reichsverfassung verbrocht. Im Gegentheil bot uns einmal sogar, gelegentlich einer bemerkenswerthen Manifestation gegen den Ultramontanismus, dieser Landtag das erfreuliche Schauspiel eines Zusammengehens der liberalen slovenischen Elemente mit der deutschen verfassungstreuen Landtagsminorität.“

Sämmtliche wiener Blätter werfen einen Rückblick auf die abgelaufene Landtagsession. Die liberalen Journalisten constatieren, daß die Consolidierung der Verfassungszustände in erfreulicher Weise fortgeschritten und die Opposition nicht mehr solche Kraft besitzt, um die Verfassung aus den Angeln zu heben.

Das „Fremdenbl.“ schreibt: „Mit Befriedigung können wir auf die Landtagsession hinweisen, in welcher zahlreiche, für das Wohl der einzelnen Länder erspriessliche Arbeiten vollendet wurden, und die unfruchtbaren staatsrechtlichen Zwistigkeiten nur einen geringen Theil der den Landtagen gewidmeten Zeit in Anspruch nahmen. Die Session war der ernstesten Arbeit gewidmet und die Bevölkerung, die nur zu lange Ursache hatte, über Vernachlässigung ihrer materiellen Interessen zu klagen, wird es den Landtagen dank wissen, daß sie diesmal der hohen Politik entsagten und auf dem Gebiete mit Erfolg thätig waren, auf welchem zu wirken sie durch ihre Stellung und ihren Beruf angewiesen werden. Die Zustände in den Gemeinden, die Verhältnisse der Schulen und Bildungsanstalten, das Communicationswesen, Flußregulierungen, Unterstützung gemeinnütziger Unternehmungen, das Sanitätswesen u. s. w., das sind die Angelegenheiten, welche die Landtage beschäftigten, und was auf diesem Gebiete geschaffen wurde, wird für die arbeitende Bevölkerung nützlicher sein, als ermüdende Discussionen über historische Landesrechte, Demonstrationen gegen zu Recht bestehende Geseze, und maßlose Anklagen gegen verfassungsmäßige Einrichtungen, mit welchen in früheren Sessionen die Zeit ausgefüllt wurde.“

Zwar fehlt es auch in der eben abgelaufenen Session nicht an Versuchen, die Landtage zur Agitation gegen die Verfassung zu mißbrauchen. Wie leicht begreiflich war es die Wahlreform, gegen welche sich die Angriffe der unversöhnlichen Verfassungsgegner richteten.

In Lemberg wurde der Antrag gestellt, gegen die Wahlreform zu protestieren, in Grän wurden stürmische Szenen bei jeder Gelegenheit hervorgerufen, in Innsbruck wurde ein lahermer Protest eingebracht, in Regenz mußte dem Treiben der Clericalen durch den Schluß des Landtags ein Ziel gesetzt werden, in Graz suchte der Stadens Herrmann seinen politischen Standpunkt geltend zu machen, aber wie ohnmächtig die oppositionellen Minoritäten sind, wird am deutlichsten durch die Thatsache bewiesen, daß sie über bloße Versuche, den ruhigen Verlauf der Session zu stören, nicht hinauskommen konnten.

Es wird dem wieder zusammentretenden Reichsrath

kein positiver Antrag auf Verfassungsänderungen vorliegen; es sind von keiner Seite Vorschläge, die eine Erweiterung der Länderautonomie auf Kosten des Reiches bezwecken, formuliert worden, und bis auf die Altschechen in Böhmen haben alle Fraktionen die Nothwendigkeit, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen, anerkennen müssen. Während vor der Beschlußfassung über die Wahlreform der Passivitätspolitik nach jeder Landtagsession neue Anhänger zugeführt wurden, ist jetzt ein so entschiedener Umschwung eingetreten, daß die hartnäckigsten Gegner der Verfassung einen erbitterten Kampf führen und mit der Unterdrückung des jungen tschechischen Elementes den nationalen Grundgedanken ihrer Politik verleugnen müssen, um ihre Stellung zu behaupten, ohne doch die um sich greifende Zersetzung der staatsrechtlichen Opposition verhindern zu können.

Das Erstarken des verfassungsmäßigen Systems einerseits, der sichtbare Verfall der Opposition andererseits berechtigen uns zu der Erwartung, daß eine Reaction im Sinne der Ausgleichspolitik früherer Jahre nicht mehr zu den Eventualitäten gehört, mit welchen man zu rechnen hat. Mögen sich die Altschechen noch so sehr ihrer Erfolge rühmen und die ihnen ergebenden Organe noch so laut die Nothwendigkeit eines Ausgleichs mit den starken Verfassungsgegnern betonen, wir wissen doch, daß sich hinter dieser zur Schau getragenen Zuversicht das Gefühl der eigenen Schwäche und Dynamik birgt und die siegreichen Declaranten sich in einer Sackgasse befinden, aus welcher ihnen nicht einmal die Weisheit ihres Palastes den Ausweg zu zeigen vermag. Wenn auch diesmal der dem Volke vorgespiegelte Ausgleich nicht erfolgt und die Wähler immer wieder aufgefordert werden, auf die Männer ihre Stimmen zu vereinigen, die von den Mandaten keinen Gebrauch machen wollen, wenn die jungtschechische Fraktion Zeit gewinnt, ihre Opposition zu organisieren, so werden die tschechischen Wähler in Böhmen des passiven Widerstandes müde werden und ihre Vertreter zur Aenderung ihrer Taktik nöthigen, wie auch die Föderalisten während durch den Willen ihrer Wähler gezwungen worden sind, die Solidarität mit den Declaranten in Böhmen aufzugeben.

Es kann kein Volk für die Dauer der activen Theilnahme am politischen Leben entsagen, ohne der Unthätigkeit überdrüssig zu werden, und früher oder später muß es erkennen, daß der Weg, der ihm von seinen Vertrauensmännern als der allein richtige bezeichnet wurde, doch nicht zum Ziele führt. In Böhmen vollzieht sich dieser Prozeß langsam, weil die Angelegenheiten dieses Landes von den Verfassungstreuen so gut besorgt werden, daß auch die Tschechen sich ganz wohl dabei befinden, weil verfassungstreue Abgeordnete auch die Interessen tschechischer Bezirke mit Wärme vertreten, die Verschiedenheit der Nationalität keine Ungleichheit in dem Ausmaße der politischen Rechte begründet, und das tschechische Volk die Früchte der Verfassung genießt, welche von seinen Führern angefeindet wird, aber schließlich wird sich auch hier die Ueberzeugung Bahn brechen, daß alle die Vortheile, welche die Tschechen dem Gerechtigkeitsfanne der Verfassungstreuen verdanken, ihnen nur um so sicherer zu fallen müssen, wenn sie ihre politische Haltung ändern und von den constitutionellen Rechten in vollem Umfange Besitz ergreifen, welche ihnen die Verfassung, wie jeder österreichischen Nationalität, nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung einräumt.

Den Moment, in welchem diese Erkenntnis zur Reife kommt, wollen wir abwarten, und daß wir warten können, ohne neue Erschütterungen des verfassungsmäßigen Rechtsbodens besorgen zu müssen, ist die Frucht unverdrossener Arbeit, die unter Beschränkung auf das Erreichbare die Sicherung der Grundlage des bestehenden Rechts durch die Wahlreform anstrebt und nach langwierigen Kämpfen am Ziel anlangte.“

Aus den Landtagen.

(16. Jänner.)

Böhmen. Abgeordneter Pfannerer beantragt, die Regierung anzuweisen, daß die Schul- und Unterrichtsordnung — besonders deren Bestimmung, daß Lehrer, ohne ordnungsmäßig entlassen zu sein, ihre Stationen nicht verlassen dürfen, — strenger gehandhabt werde. Die Dringlichkeit wird beschlossen.

Der Antrag der Petitionskommission, die Petition der prager Advocatenkammer wegen Errichtung eines Bergsenates in Prag werde der Regierung mit dem Ersuchen abgetreten, dieselbe in geeigneter Erwägung zu ziehen, wird angenommen.

Der Bericht des Schulausschusses betreffend die Abänderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen ruft eine lange Debatte hervor.

Für den Gesetzentwurf sprechen Heinrich Pfannerer, Jahn und Achner; für Zurückweisung an den Landesausschuß zur gründlicheren Ausarbeitung und Vorlage in der nächsten Session sprechen Freiherr v. Korb, Freih. v. Scharschmidt und Grassie. Nachdem noch der Berichterstatter Jintl für den Gesetzentwurf gesprochen hat, beschließt der Landtag, in die Specialdebatte einzugehen; jedoch wird durch Nichtannahme des ersten Paragraphes die weitere Berathung unmöglich gemacht und wird auf Baron Wächters Antrag der Gesetzentwurf an die Commission zurückgewiesen.

Mahren. Kallus und Genossen bringen eine Interpellation ein, die abermals das Thema von den Auflösungen der Gemeindevertretungen behandelt.

Fanderlik begründet seinen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Berichterstattung über die Rückwirkung des Gesetzes vom 9. April 1873 über die Genossenschaften auf das Landeswohl. Der Redner polemisiert heftig gegen die Antwort des Statthalters auf die Interpellation betreffend der Založna-Auflösungen. Der Antrag Fanderlik's blieb in der Minorität. Der Statthalter sagt: Ich bin den mit der Untersuchung betrauten Commissären mehr glauben, als den von der Untersuchung betroffenen Ausschußmitgliedern (Heiterkeit, weil Fanderlik Ausschußmitglied gewesen). Der Statthalter widerlegt dann ausführlich die Behauptungen betreffend die durch die Vorschußklassenaufhebung herbeigeführte Verarmung Tausender unter Mittheilung der aus den betreffenden Städten eingegangenen Berichte.

Ein Bürgermeister äußert sich dahin, daß die Auflösung wohlthätig gewirkt habe, da die Gelegenheit zu leichtsinnigem Vorgehen genommen ist. Die Schultragenden haben bei Zeiten ihr Vermögen ihren Frauen abgetreten. Ein anderer Bürgermeister erklärt die Auflösung als einen der glücklichsten Momente der Stadt. Der Statthalter gebührt hierfür tiefgefühlter Dank. Eine dritte Aeußerung sagt, daß das Geld aus der Založna nur auf Grund nationaler Cameraderie zu bekommen war und über die Statutenbestimmungen leichtsinnig hinweggegangen wurde. Was den Vorwurf der Paschawirtschaft und die Behauptung, daß die slovenischen Bewohner als Rajah behandelt werden, anbelangt, so könne er nicht gelten lassen, daß Fanderlik hiermit die Gefühle der Bewohner ausgedrückt habe. Die Bevölkerung achte eine Regierung, die die Geseze genau beobachtet, sie streng durchführt und die Macht dazu hat, und beides sei der Fall. (Lebhafter Beifall links.)

Fanderlik meldet sich zum Worte. Der Landeshauptmann erklärt, keine weitere Controverse zuzulassen. Fanderlik versucht hartnäckig, mehrmals zu sprechen. Er habe nur eine persönliche Bemerkung zu machen. (Stürmische Unterbrechung links und im Centrum; laute Rufe: Nein, nein! Wort entziehen! Zur Ordnung rufen!) Der Landeshauptmann entzieht Fanderlik das Wort und ruft ihn, als er trotzdem wieder zu sprechen anfängt, zur Ordnung.

Mehrere Darlehens- und Subventionsgesuche werden sodann erledigt.

Der Gesetzentwurf betreffs Aufhebung der Normalpensionsbeiträge und Einführung eines Schulbeitrages aus Verlassenschaften wird in dritter Lesung angenommen.

Salizien. Das Landespräliminare wurde genehmigt, zur Deckung des Abganges wurde ein Zuschlag von dreißig Kreuzern zu jedem Steuerzulden beschlossen. Die seitens der Regierung vorgelegte Novelle zum Wassergesetz wurde dem Landesausschuß zugewiesen. Der Landtag verwarf die Regierungsvorlage über Organisation des Gemeindefsanitätsdienstes. Ueber eine von der Regierung eingebrachte Novelle zum Berggeseze, wonach Erze, Kupfer und Petroleum unter die im Berggeseze bezeichneten vorbehaltenen Mineralien eingereiht werden sollen, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Schlesien. In der Vormittagsession wurde die Gleichstellung der Landesbeamten mit den Staatsbeamten, bedeutende Schulsubventionen und Darlehen und gleichzeitig eine Aufforderung an die Regierung zur Vorlage einer Abänderung des Primatsgesezes beschlossen.

Der Landtag hat in der Nachmittagsession ein Memorandum des Eisenbahnausschusses wegen thunlichster Berücksichtigung des Ausbaues der troppauer-trentschiner Bahn, sowie des Ausbaues der übrigen im Schlesien projectierten Bahnen, besonders jener im Nordwesten als für die Industrie Schlesiens unbedingt notwendig, ange-

nommen und den Landesausschuß mit der Vorlage des Memorandums an den Handelsminister beauftragt. Die Interpellation Dr. Rodlers an den Landespräsidenten, ob demselben etwas wegen der in mehreren Journalen angebotenen Einverleibung Schleifens in die kaiserliche Dörfse bekannt sei, wurde vom Landespräsidenten verneinend beantwortet.

Der Landtag nahm die Gesetzentwürfe über die Schonzeit des Waldes und imperative Zusammenlegung mehrerer Gemeinden an. Der Gesetzentwurf betreffs Organisation des Gemeindefsanitätsdienstes wurde dem Landesausschuße zur Berichterstattung in der nächsten Session zugewiesen.

Oberösterreich. Die Bestellung von 8 vom Staate besoldeten Bezirkskinderärzten wird als notwendig anerkannt. Die Landesconceptsbeamten werden mit den politischen Staatsconceptsbeamten bezüglich der Gehalte und Activitätszulagen gleichgestellt.

Steiermark. Der Beschluß auf Umbau des Theaters wird umgestoßen. Graz erhält zum Baue einer Zufahrtsstraße zum raaber Bahnhofe zwanzigtausend Gulden bewilligt. Der Landtag erklärt sich bereitwillig, die Zwangsarbeitsanstalten dem Staate zu überlassen. Marburg erhält die Bewilligung zur Einhebung einer Abgabe auf Bier und Spirituosen.

Bei den Eschawahlen für den Landesausschuß wurde nach siebenförmigem Wahlgange aus dem Großgrundbesitze Graf Kottulinsky nach Ablehnung einer Wiederwahl seitens des Dr. Schloffer, und aus dem ganzen Hause Ritter v. Schreiner gewählt, letzterer erklärt, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen.

Der Geistliche Karlson gibt im Namen seiner Gesinnungsgegnossen die Erklärung ab, daß sie die Wahlreform nicht anerkennen. Der Landeshauptmann erwiderte, daß er auf solche Erklärung keine Rücksicht nehmen könne.

(17. Jänner.)

Niederösterreich. Der Antrag wegen Aufhebung der drei Wahlkörper in Wien wurde vertagt bis zur Einbeziehung der Vororte in den wiener Gemeindeverband.

Böhmen. Der Gesetzentwurf betreffs der Regelung des Sanitätsdienstes in den Gemeinden, wird dem Landesausschuße überwiesen, um darüber in der nächsten Session Bericht und Antrag zu erstatten.

Das Finanzgesetz pro 1874 wird in dritter Lesung angenommen; ebenso wird der Antrag Pfannerers betreffs der Wiederanstellung der Volksschullehrer genehmigt.

Der Gesetzentwurf betreffs der Abänderungen des Schulgesetzes wird an den Landesausschuß mit der Aufforderung zurückgewiesen, in der nächsten Session ein gründlich ausgearbeitetes Gesetz vorzulegen.

Galizien. Der Landtag nahm einen Dringlichkeitsantrag an, wonach die Regierung aufgefordert wird, nebst der deutschen Rechts- und Rechtsgeschichte auch das polnische Recht als obligaten Prüfungsgegenstand an der Lemberger und Krakauer Universität einzuführen.

Tirol. Für die Volksschullehrer wurde eine Subvention von 20,000 fl. pro 1874 bewilligt, sodann der Landtag unter lebhaften Rufen auf Se. Majestät geschlossen.

Triest. Nach lebhafter Debatte wurde ein Memorandum an das Gesamtministerium wegen Einstellung der religiösen Übungen in den Schulen beschloffen. Es stand ferner auf der Tagesordnung ein Gesetzentwurf des Landesausschusses wegen Reform des städtischen Statutes. Es entspann sich eine stürmische Debatte. Vierzehn Abgeordnete erklärten, sich der Abstimmung zu

enthaltend, und verließen den Saal. Die Debatte wurde sonach wegen Mangels der legalen Stimmenanzahl auf die nächste Sitzung vertagt.

Politische Uebersicht.

Laibach, 19. Jänner.

Der ungarische Kultusminister unterbreitete eine Gesetzentwurf betreffs Baues einer medizinisch-chirurgischen Klinik. Dem Einundzwanziger-Ausschuße, sowie dem vereinigten Eisenbahn- und Finanz-Ausschuße wurde die Zuziehung amtlicher Stenographen bewilligt. — Die kirchlich-politische Commission forderte die Regierung auf, Vorlagen betreffs der verschiedenen Kirchenfragen zu machen, und vertagte sich, bis der Einundzwanziger-Ausschuß seine Sitzungen halten wird. — Im 21er-Ausschuße spricht Sennhey für Umgestaltung des bisherigen Verwaltungssystems, Vereinfachung der Centraladministration, Verminderung des Beamtenstatus. Die Autonomie der Municipien müsse allerdings erweitert werden, doch sei das von Zsedenyi angeführte Beispiel Englands nicht zutreffend, da in Ungarn nahezu alle Vorbedingungen hiezu mangeln. — Die neue Justizorganisation bedürfe nicht bloß aus finanziellen Gründen einer abermaligen Umgestaltung. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung dürfe nicht bis zum äußersten getrieben werden.

Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnisse sämtlicher Reichstagswahlen sind 46 engere Wahlen erforderlich. Die Parteigruppierung stellt sich mit Berücksichtigung derjenigen Nachwahlen, deren Ergebnis nach der Sachlage schon jetzt beurtheilt werden kann, dahin, daß die reichsfreundliche Majorität (national-liberale, deutsche Reichspartei, liberale Reichspartei, Fortschrittspartei, Conservative) sich auf 252 und die reichsfeindliche Minorität (Centrum, Polen, Particularisten, Social-Demokraten) auf 116 beläuft. Ueber 14 Neuwahlen ist die Wahrscheinlichkeitsberechnung unmöglich. — Das Abgeordnetenhaus des preussischen Landtages trat in der Sitzung am 15. d. M. in die dritte Verathung des Gesetzentwurfes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung ein, und zwar zunächst in die allgemeine Discussion über die Vorlage in der Gestalt, welche sie nach den Beschlüssen der zweiten Lesung erhalten hat. Zur dritten Verathung dieses Gesetzentwurfes liegen mehr als 40 Amendements vor.

Der Dreißigerausschuß der französischen Nationalversammlung hat die Generaldebatte über das Wahlgesetz am 14. d. M. beendet und sich mit überwiegender Majorität für die Erhöhung des Alters der Wahlfähigen auf fünfundzwanzig Jahre entschieden. — Ein Ministerrath unter dem Vorsitze MacMahon beschäftigte sich mit der Frage über die eventuelle Auflösung der Assemblée gegen das Ende des Jahres 1874, nachdem über alle vorliegenden Gesetzentwürfe verhandelt wäre.

Der Bundesrath in Bern beschloß, den Protest der schweizerischen Bischöfe gegen die Aufhebung der Nuntiatur ad acta zu legen.

Wie die „Presse“ meldet, hat die italienische Regierung eine Circularnote an die Mächte geschickt, in der sie garantiert, daß ein eventuelles Conclave bei der Papstwahl nicht das geringste Hindernis erfahren würde, daher Aenderungen der Papstwahl überflüssig seien.

Der „Ball Mall Gazette“ wird von einem ihrer spanischen Correspondenten unter dem 9. d. geschrieben, daß Frankreich und Deutschland bereit seien, die jetzige spanische Regierung nach der Einnahme Cartagenas

anzuerkennen. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens haben Marschall Serrano zu seinem Amtsantritt beglückwünscht.

Das kaiserliche Manifest an das russische Volk anlässlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sagt: Wir beabsichtigen, nicht abzuweichen von der während unserer Regierungsdauer verfolgten Friedensbahn. Wir streben nicht nach Kriegsrühm und erachten als das Beste uns von Gott bestimmte Los, Rußland im friedlichen Wege zum Ruhme zu führen und die allseitige innere Wohlfahrt zu befestigen und zu vermehren. — Das petersburger Amtsblatt veröffentlicht einen Ukas an den Senat über die reglementarischen Bestimmungen zur Ausführung des Wehrgesetzes, sowie ein Dankschreiben an den Präsidenten des Reichsraths, Großfürsten Konstantin, für seine Thätigkeit bei Verathung des Gesetzes.

Der Correspondent der „Penanger Zeitung“ in Alschin schreibt unter dem Datum vom 12. d. M., daß das scharfe Bombardement von Kraton begonnen habe. Die Holländer beabsichtigen einen Sturm, sobald Bresche geschossen ist.

Allgemeines Börsegesetz.

Der Gesetzentwurf betreffs der Organisation der Börsen bestimmt, daß für jede Börse, welche zum Zweck der Regelung des Handelsverkehrs an allen wichtigen Handelsplätzen errichtet werden kann, ein besonderes Statut festgestellt werden muß. Dieses Statut tritt durch die Genehmigung vonseiten des Finanzministeriums im Einvernehmen mit dem Handelsministerium in Wirksamkeit und muß insbesondere bestimmen:

1. die Geschäftszweige, auf welche sich der Börsenverkehr zu erstrecken hat;
2. die Art und Ausbringung der Mittel zur Erhaltung der Börse;
3. die Organe der Börseleitung, die Art ihrer Bestellung und den Umfang ihrer Rechte und Pflichten sowie die Erfordernisse zu gültigen Beschlüssen, Ausfertigungen und Bekanntmachungen;
4. die Bedingungen für die Erlangung der Mitgliedschaft und der Voraussetzungen, unter welchen der Besuch der Börse jedermann gestattet ist;
5. die Rechte und Pflichten der Mitglieder und Besucher der Börse;
6. die Art der Schlichtung und Entscheidung der Streitigkeiten, die sich auf Börsengeschäfte beziehen;
7. die an der Börse gestatteten Arten der Geschäftsvermittlung.

Zur Leitung der Börse ist ein eigener Verwaltungskörper zu bestellen, welchem die Constatierung der Börsen-Umancen, die Besorgung der ökonomischen Angelegenheiten derselben, die Ausübung der Börsenpolizei, überhaupt jene Verrichtungen obliegen, mit welchen er im Interesse des Zweckes der Börse statutenmäßig betraut wird. Der Verwaltungskörper ist für die Handhabung des Börsenstatutes und insbesondere für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Börse während der Börsezeit verantwortlich; ihm steht auch die Bestimmung der Tage und Stunden, an welchen die Börse eröffnet ist, zu.

Die Börsen unterstehen in allen Verwaltungsangelegenheiten unmittelbar der politischen Landesstelle. Bei jeder Börse wird ein l. f. Börsencommissär bestellt, welcher die Oberaufsicht an der Börse führt, die Handhabung aller Börsenvorschriften überwacht, bemerkte Mißbräuche zu rügen und wenn nicht sogleiche Abhilfe erfolgt, deren Beseitigung im Wege der politischen Landesstelle zu bewirken hat. Der l. f. Commissär hat in

Jeuilleton.

Archäologische Excursion im Gebiete der Save und Gurk.

Von Prof. A. Müllner in Marburg.
(Fortsetzung.)

II.

Das Heiligtum des Saus und der Adsalluta zu Sandörsfl.

Befolgt man vom Orte, wo der besprochene römische Brückenkopf sich vorfindet, am krainerischen Sadeufer den stellenweise in Felsen gehauenen Saumpfad stromaufwärts, so erreicht man in etwa anderthalb Stunden das der steierischen Station Prastnik gegenüberliegende Dorf Sandörsfl (na Savi). Hier trifft man im ersten dem Bahrmann Johann Koritnik gehörigen Hause Nr. 29 drei römische Votivsteine, während ein vierter bereits in das Joanneum nach Graz transferiert wurde und ein fünfter sich im Museum zu Laibach befindet. Zwei der noch im bezeichneten Hause befindlichen sind mehr oder weniger beschädigt und an der Hausmauer eingemauert; der dritte vollständig erhaltene diente als Stufe, aus welcher unwürdiger Lage ich ihn befreite, wusch und copierte. Hierbei hatte ich die Freude zu sehen, daß er dem archäologischen Publicum noch nicht bekannt zu sein scheint, weil ich über ihn noch nirgends Kunde fand.

Da ich aus den fünf Votivsteinen vom Sandörsfl

einige Folgerungen zu ziehen beabsichtige, so wird es angezeigt sein, dieselben hiernachfolgend zu copieren:

1. ADSALLVT
AE*ET SAVO
AVG SAC
C. CASSIVS
QVIETVS
V. S. L. M.
2. ADSALLV
TE AVG SAC
OCELLIO
CASTRICI
MARCEL
LI SER
V. S. L. A.
3. ADS. V. S. L. M.
VNDIO **
4. SAVO. E. AD
SALLVTAE
SACR
P. ANTSECVND
V. SLM ***

* Das A und E ligiert.

** N und D ebenfalls ligiert.

*** Auch hier sind A und D der ersten Zeile, A und E der zweiten, ANT, S und E, N und D der vierten Zeile ligiert.

5.

ADSALLVTAE
AVG. SAC
C. CAECINA
FAVSTINVS

Nr. 1, bisher noch unbekannt, aus pacherer Mar-mor gefertigt, besagt, daß Cajus Cassius Quietus den hochgeehrten Gottheiten Adsalluta und Saus sein Gelübde mit Freuden gelöst habe.

Nr. 2, aus gelblichgrauem Kalk der Gegend meldet, daß Ocellio, der Slave des Castricius Marcellus, der hochgeehrten Adsalluta sein Gelübde mit Freuden gelöst.

Nr. 3, ist ein Fragment aus schwarzgrauem Kalk und stellt nur den Sockel eines Votivsteines dar, dessen Inschrift kurz andeutet: es habe Undio der Adsalluta sein Gelübde mit Freuden erfüllt.

Nr. 4, aus schwarzem Kalk, meldet, daß das Denkmal dem Saus und der Adsalluta heilig sei und Publius Antonius Secundus sein Gelübde mit Freuden gelöst habe.

Nr. 5, aus gelblichgrauem Kalk (jetzt im laibacher Museum), lautet: der hochgeehrten Adsalluta heilig, Cajus Caecina Faustinus (weicht dies Denkmal).

Randler im Journal „L'Espresso“ vom 18. Sept. 1847 brachte gemeinschaftlich mit Nr. 2 und Nr. 4 als

* Dieses Denkmal wurde für verschiedene Fundstätten vindicirt, so für Egg (Mitth. des histor. Vereines für Krain 1856 pag. 24.)

besondere auch allen Verathungen des Verwaltungskörpers der Börse beizuwohnen und Beschlüsse, welche wider die bestehenden Gesetze oder das Börsestatut gefaßt werden, bis zu der im Wege der politischen Landesstelle einzuholenden höheren Entscheidung zu sistieren.

Der Besuch der Börse ist in der Regel jeder Person männlichen Geschlechtes gestattet, die nach Beurtheilung der Börseverwaltung vertrauenswürdig und nach den gesetzlichen Bestimmungen fähig ist, bezüglich ihres Vermögens eine gültige Verbindlichkeit einzugehen.

Von dem Rechte, die Börse zu besuchen, sind unter allen Umständen auszuschließen: 1. Creditare während der Concursverhandlung; 2. diejenigen Personen, welche und so lange sie den ihnen aus einem Börsegeschäfte obliegenden Verbindlichkeiten nach Ablauf des zur Erfüllung derselben bestimmten Zeitpunktes nicht entsprochen haben; 3. diejenigen, welchen und insoweit ihnen wegen Uebertretung der Börsevorschriften das Recht zum Besuche der Börse entzogen worden ist; 4. diejenigen, welche eines Verbrechens überhaupt, wegen eines Vergehens oder einer Uebertretung aus Gewinnsucht, wegen Schleichhandels oder schwerer Gefälligkeitsübertretungen verurtheilt worden; 5. diejenigen, welche sich wegen einer vorstehend bezeichneten Handlung in Untersuchung befinden.

Die ad 4. erwähnten Individuen können beim Vorhandensein verlässigkeitswürdiger Umstände über Anträgen der Börseverwaltung durch Ausspruch der politischen Landesstelle zum Besuche der Börse rehabilitiert werden.

Sofern durch das Statut zu Entscheidungen über Streitigkeiten aus Börsegeschäften ein Schiedsgericht bestellt wird, ist im Statute genau festzustellen: 1. die Art der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes; 2. der Wirkungsbereich und das Verfahren bei demselben; 3. die Bestimmung insbesondere, ob und inwiefern gegen die vom Schiedsgerichte gefällten Urtheile eine Berufung statuiert; 4. die Voraussetzung der Executionsfähigkeit der Urtheile dieses Schiedsgerichtes.

Wo ein Börsechiedsgericht nicht besteht, sind Streitigkeiten aus den am selben Börseplatze gebildeten Vereinigungen zum Vertriebe bestimmter Börsespecien für gemeinschaftliche Rechnung (Syndicatsgeschäfte) vor diesem Schiedsgericht zu entscheiden.

Die Vermittlung von Börsegeschäften geschieht durch Handelsmänner (Senjale). Bezüglich der beideten Mäkler dürfen die Statuten nur solche Bestimmungen enthalten, welche mit diesem Gesetze in Einklang stehen. Zur Ausstellung von Urkunden von öffentlicher Glaubwürdigkeit sind nur die beideten Mäkler berechtigt.

Das amtliche Kursblatt ist an jedem Börsetage nach dem Schlusse der Börse auf Grundlage der von den beideten Mäklern während der Börsezeit abgeschlossenen Geschäfte in der Regel unter Aufsicht von Mitgliedern des Verwaltungskörpers und Ueberwachung des Börsecommissars festzustellen. Der Regierung bleibt vorbehalten zu verordnen, daß der l. f. Börsecommissar auf die Berechnung der Durchschnittspreise und die Feststellung der dabei zu beobachtenden Grundsätze einen unmittelbaren leitenden Einfluß zu nehmen habe.

Die Bestimmung darüber, welche Werthpapiere, abgesehen von Wechseln, an den Effectenbörsen notiert werden dürfen, steht dem Finanzministerium zu.

Die an der Börse bestehenden Liquidationstermine werden von dem Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und nach Anhörung des Verwaltungskörpers der bezüglichen Börse festgesetzt. Die Einrichtungen für die Liquidation der Börsegeschäfte bestimmt der Verwaltungskörper der bezüglichen Börse.

Die Rechtsverbindlichkeit und Eintragbarkeit von vom Sandbüchel stammend. Dieser Fundort ist auch der richtige. Wann und wie die Inschrift 5 nach Laibach gekommen, ist mir unbekannt; zu wünschen wäre es, daß auch die in Sandbüchel noch befindlichen Votivsteine für das laibacher Museum erworben würden.

Von Nr. 2, 3, 4 und 5 gehen Knabel in den „Mitth. des hist. Vereines für Steiermark“, Heft II., pag. 44, Heft VI., pag. 164, und Heft IX., pag. 123, so wie Womjen im „Corpus inscrip. lat.“ III, pag. 627 nach.

Ein sechster nach Art der Votivsteine behauener leibacher Inschriftloser Stein aus weißem Luff befindet sich ebenfalls im Besitz des Koritnik, wurde aber von ihm zu zerschlagen versucht, weil ihm ein Wjthold zuredete, jener Herr, welcher ihm den Stein Nr. 4 abgekauft, habe ihn zerschlagen und bei 4000 fl. in blanken Zwanzigern darin aufgefunden. Nur mit großer Mühe konnte ich Koritnik überzeugen, daß diese Steine keine Schätze enthalten und daß der Stein Nr. 4 ganz wohl erhalten in Graz zu sehen sei.

Vor ich zur Erörterung des Ursprunges und der Bestimmung dieser merkwürdigen Votivsteine übergehe, muß ich mich voreist in der Gegend genau umsehen und jene Erhebungen über ihren Fundort und sonstige begleitende Umstände pflegen, welche meinem Zwecke dienlich sein könnten.

(Schluß folgt)

Börsegeschäften ist von der im § 1271 des a. b. G. bezeichneten Voraussetzung nicht abhängig.

Die Art. 354 bis 359 des allg. S. G. B. haben auf alle Käufe und Verkäufe von Börsespecien, welche von einem Mitglied der Börse an der Börse geschlossen worden sind, Anwendung zu finden.

Für alle an der Börse geschlossenen Pfandgeschäfte (Prolongations- oder Kofgeschäfte) in Börsenwerthen soll folgende Bestimmung gelten:

Hat der Pfand- (Kof-) Geber bei Ablauf der Zahlungsfrist seine Zahlungsverbindlichkeit nicht erfüllt, so ist der Pfand- (Kof-) Nehmer außer dem Falle einer besonderen Verabredung berechtigt, das Pfand, soweit es zur Tilgung der Forderung notwendig ist, und wenn eine Theilung nicht möglich wäre, auch ganz ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren durch einen beideten Mäkler veräußern zu lassen und sich aus dem Erlöse zahlhaft zu machen.

Der Verwaltungskörper der Börse bestimmt die Usance, nach welcher bei executiven Käufen oder Verkäufen wegen Nichterfüllung eines Börsegeschäftes oder wegen constanter Insolvenz unter Vermittlung der beideten Mäkler vorzugehen ist.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin haben am 14. d. im münchener allgemeinen Krankenhaus auch die Choleraabtheilungen der männlichen und weiblichen Kranken besucht.

— (Tagen für Standeserhöhungen.) Einer Circularverordnung vom 2. Jänner 1874 entnehmen wir: Laut Mittheilung des k. k. Ministeriums des Innern wurden die Ausfertigungsgebühren für Standeserhöhungsdiplome vom 1. Jänner 1874 wie folgt erhöht: Beim Fürstenstande auf 1610 fl., beim Grafenstande auf 250 fl., beim Freiherrnstande auf 195 fl., beim Ritterstande auf 175 fl., beim Adelsstande auf 140 fl.

— (Enqueten im Unterrichtsministerium.) Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat dem Vernehmen nach zwei Enqueten einberufen, von denen eine den Lehrplan für Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, die andere jenen für Bürgerschulen zu revidieren hat. Wir empfehlen der zur Revision des Seminarlehrplans einberufenen Verathungscommission vor allem sorgfältiges Studium des laut Ministerialverordnung vom 13ten Juni 1873 für die Seminarvorschulen bestimmten Lehrplans, der, soll der Seminarlehrplan nicht illusorisch werden, einer dringenden Verbesserung bedarf, indem darin sehr wichtige Lehrgegenstände, wie z. B. die Naturwissenschaften, dann die Geschichte gar nicht aufgenommen erscheinen.

— (Blattern und Typhus) treten im Bezirke Feldkirchen in Kärnten so besorgniserregend auf, daß, wie die „Eind. Post“ meldet, die Schule in St. Urban bereits geschlossen werden mußte, und in Feldkirchen die Schließung der Schule bevorsteht.

— (Apothekerwesen.) Die Reorganisierung des Apothekerwesens in Deutschland ist bereits eingeleitet. Es soll eine besondere Commission gebildet werden, welche Vorschläge über die erforderlichen Reformen zu machen haben wird. Inbezug auf die Bildung dieser Commission hat sich das deutsche Reichsfinanzamt bereits an die einzelnen Bundesregierungen gewendet.

— (Vierstatistik.) Die Erzeugung von Bier im österreichischen Kaiserthum im Jahre 1860 betrug 12.602.404 Eimer und stieg die Production im Jahre 1872 auf 20.305.952 Eimer. In Ungarn sammt Stebenbürgen, Kroatien und Slavonien und der Wilhurgrenze wurden im Jahre 1860 nur 1.106.681 Eimer, im Jahre 1872 1.262.186 Eimer erzeugt, daher nur eine kaum nennenswerthe Steigerung der Production stattfand, während in Galicien die Production in diesem Zeitraum von 11.495.723 auf 19.043.766 Eimer sich erhöhte.

Locales.

Auszug

aus dem Protokoll des

k. k. Landes-Sanitätsrathes für Krain in Laibach am 7. October 1873.

Gegenwärtig: Vorsitzender Prof. Valenta, die k. k. Sanitätsräthe Dr. Friedrich Reesbacher, Dr. Martin Razpet, Dr. Franz Schiffer.

Schrisführer: Der k. k. Bezirkssecretär Rudolf Endlicher.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung theilt der Vorsitzende mit, daß die k. k. Sanitätsrathes Regierungsrath Dr. Ritter v. Stöckl und Dr. Karl Bleiweis auf Urlaub abwesend sind.

I. Sanitätsrath Dr. Reesbacher referiert über den Stand der Epidemien und Epizootien im Lande.

II. Sanitätsrath Dr. Razpet spricht sodann über die rechtzeitige Vorsorge behufs Verhütung des ärztlichen Personales für den Fall der Ausbreitung der Cholera. Außerdem spricht er über die Lage der Bezirkswundärzte, welche so vieles leisten müssen und dafür ein so lärgliches Einkommen besitzen. Sie können von der Familie bei Exponierungen getrennt mit 2 fl. 50 kr. täglich nicht leben, da soviel ein Handarbeiter verdiene. Es sei ihnen nur ein Viertelwagen bewilligt, womit sie nicht auslangen können, daher sogar Schaden leiden. In Istrien, in Steiermark,

überall passiere man den Aerzten einen halben Wagen, nur in Krain will man sie auf einen Viertelwagen beschränken. Es sei zu fürchten, daß die Wundärzte gemeinsam den Dienst einstellen, dann sei das Land oder ganze Bezirke ohne ärztliche Hilfe. Er mache die Regierung auf diese Gefahr aufmerksam. Die Forderungen, die die Bezirkswundärzte stellen, seien billige:

1. Gewährung der halben Wagengebühr.

2. Für jeden nachgewiesenen halben Nachtbesuch ein Diätentag.

3. 5 fl. Diät während der Exponierung für die Dauer der Cholera.

4. In ausgedehnten Ortschaften Ganggelder, zwei Stunden eine Meile gerechnet.

Das Zugeständnis der Diät für jeden nachgewiesenen halben Nachtbesuch sei auch auf die revidierenden Aerzte auszudehnen. Redner beantragt: der Landes-sanitätsrath wolle beschließen, die hohe Landesregierung um Gewährung dieser Forderungen zu ersuchen.

Sanitätsrath Dr. Reesbacher bemerkt, daß die Regierung in dieser Richtung bereits ihre Bereitwilligkeit gezeigt habe, das Mögliche zu thun. Zum Beweise, daß Dr. Sabnik aus Gurktal gegen ein Taggeld von 12 fl. als Choleraarzt nach Johannsthal exponiert wurde. Das hohe Ministerium habe diese Maßregel gebilligt und die Regierung beauftragt, im Falle des Bedarfes an Aerzten sich nach Wien zu wenden. Außerdem wurden Unterhandlungen mit Dr. Marschall und Dr. Basil eingeleitet. Ersterer lehnte ab, letzterer verlangte 10 fl. täglich. Bezüglich der Fuhrkosten der Bezirkswundärzte habe sich die Regierung beim Landesausfusse, da die Fuhrkosten vom Landesfonde bestritten werden, und zwar im Falle der Milvaria-Epidemie mit Erfolg verwendet und sie zweifeln nicht, daß derselbe Erfolg auch bei der Cholera in Aussicht stehe.

Mit diesen Vorgängen habe man jedoch nur von Fall zu Fall Abhilfe geschaffen, die bleibenden Uebelstände seien damit nicht beseitigt, es wäre daher zweckmäßig, wenn sich sämtliche Bezirkswundärzte in einer Collectiv-Eingabe an die Regierung wenden und ihr ihre Wünsche darlegen würden.

Soweit es an der Regierung liege, werde gewiß alles geschehen, um Abhilfe zu ermöglichen.

Der Antrag des Dr. Razpet wird einstimmig angenommen.

— (Tagesordnung) der heute nachmittags um 5 Uhr stattfindenden Gemeinderathssitzung: Berichte und Anträge: 1. der Finanzsection: a) über das städt. Präliminare für das Jahr 1874; b) über die Einhebung der neu einzuführenden Fleischbeschauzölle. 2. der Bau- und Bauverwaltung: a) über die Finanzangelegenheiten des Baues der städt. Volksschule am Jois'schen Graben; b) über das Licitationsergebnis bezüglich der Lieferung und Beistellung des Bau- und Schnittholzes pro 1874; c) wegen Herstellung eines Kanals längs den Häusern Nr. 24 bis 28 am Reber; d) über die Schotterlieferungsberechnung pro 1873 im Betrage von 1420 fl.; e) über das im IV. Quartale 1873 beigestellte Bau- und Schnittholz im Betrage von 681 fl. 22 kr. — Geheime Sitzung.

— (Zur Statistik des Telegraphenwesens in Krain.) Im Jahre 1873 wurden aus Laibach 19.665 Depeschen abgeschickt, und sind 21.104 Depeschen in Laibach angekommen; in Laibach angekommen und wieder weiter befördert wurden 31.828 sogenannte Transitedepeschen, im ganzen also 72.597 Depeschen. Aus ganz Krain wurden 28.895 Depeschen abgeschickt, nach Krain gelangten 31.870; nach Krain gelangten und wurden weiter befördert 34.580 Transitedepeschen, im ganzen also 95.335 Depeschen.

— (Karl Schmidts Gärtnerei, (Samenhandlung, Kunst- und Handelsgärtnerei in Laibach, Karlsbader-vorstadt 24) hat das vom Geschäftsleiter Herrn Julius Dürr verfaßte Preisverzeichnis über Gemüse, Feld-, Gras- und Blumenamen, sowie über Rosen, Obstbäume, Beerenobst, Piergehölze, Coniferen, Florblumen, Gewächshauspflanzen, Staudengewächse u. s. w. der Öffentlichkeit übergeben. Das fragliche bei Jgn. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg in Druck erschienene Verzeichnis enthält auf 124 Octavdruckseiten: den Samen und Pflanzenkatalog, die Verkaufspreise und führt in Rubriken Gemüse, landwirtschaftliche Blumenamen und Pflanzen auf. Die Kataloge sind mit 63 Illustrationen ausgestattet.

— (Die Rinderpest) brach am 28. v. M. auch im Orte Volkwe, Bezirk Rudolfswerth, aus; von einem Rinderstande per 33 Stück wurden in einem versuchten Hofe 5 Stück geküht. In Seisenberg wurde die Rinderpest am 8. Jänner als erloschen erklärt. Die Seuche brach am 16. Dezember v. J. dort aus; es erkrankten bis 8. d. von einem Viehstande pr. 294 Rindern in einem versuchten Hofe 3 Stück; 1 Stück fiel, 2 franke und ein verdächtigtes Stück wurden geküht.

— (Trief- und Laubensdorf.) Auf Antrag der Börsedeputation beschloß die Handels- und Gewerbesammer in Triest, das Eisenbahnconfortium Trief- und Laubensdorf zu ersuchen, mittheilen zu wollen, ob und welche Studien auf der Linie Laubensdorf gemacht, welche Beiträge für diesen speciellen Zweck wirklich ausgegeben wurden und was für praktische Resultate dabei erzielt worden sind; oder aber aus welchen Gründen jene Studien etwa unterlassen worden seien.

— (Für Turner.) Gestern abends um 8 Uhr fand im Saale des Hotel „Morlan“ in Graz die Confil-

